

## Vortrag an den Ministerrat

### **betreffend Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD); Multilaterales Abkommen zur Umsetzung der ersten Säule (Pillar One) der Zwei-Säulen-Lösung des „OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ für Zwecke der Bewältigung der steuerlichen Herausforderungen aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft; österreichische Delegation**

Im Rahmen der 13. Sitzung des „OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS (IF)“ kam es am 8. Oktober 2021 zwischen 136 der 140 Staaten des IF zu einer Einigung auf die so genannte „Zwei-Säulen-Lösung“. Auch Österreich stimmte der Einigung zu.

Die erste Säule (Pillar One) betrifft eine Anpassung der Regeln des internationalen Steuerrechts mit dem Ziel der Neuverteilung von Besteuerungsrechten vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Wirtschaft. Durch die Einführung eines neuen internationalen Steuersystems bzw. Besteuerungsrechts (Amount A) für große multinationale Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von über EUR 20 Mrd. und einer Gewinnmarge von über 10% erfolgt die Gewinnzurechnung nunmehr auch unter Berücksichtigung des Standorts der Nutzer bzw. Konsumenten. Dadurch werden die internationalen Besteuerungsgrundsätze fundamental geändert, sodass die Gewinne dieser Unternehmensgruppen auch in jenen Staaten (Marktstaaten) besteuert werden dürfen, in denen ein Unternehmen zwar keine physische Präsenz hat, aber Umsätze über gewissen Schwellen erwirtschaftet.

Ein Multilaterales Abkommen zur Umsetzung der ersten Säule (Pillar One) der Zwei-Säulen-Lösung des „OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ für Zwecke der Bewältigung der steuerlichen Herausforderungen aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft soll bis Mitte 2022 ausgearbeitet und ab 2023 Anwendung finden. Die rechtliche Umsetzung der ersten Säule soll sowohl auf Grundlage des innerstaatlichen Rechts als auch des multilateralen Abkommens erfolgen. Zu diesem

Zweck werden auf OECD-Ebene im Rahmen des IF Verhandlungen zur Ausarbeitung des Multilateralen Abkommens aufgenommen werden.

Die mit der Verhandlung dieses Abkommens verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Das künftige Abkommen wird voraussichtlich keine finanziellen Auswirkungen haben; sofern es dennoch zu solchen kommen sollte, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung stehenden Mitteln bedeckt.

Das geplante Abkommen wird gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend sein und daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 B-VG bedürfen. Der Nationalrat und der Bundesrat werden gemäß Art. 50 Abs. 5 von der Aufnahme der Verhandlungen unverzüglich unterrichtet werden.

Die folgende österreichische Delegation wird an den Verhandlungen über das geplante Abkommen teilnehmen:

DDr. Gunter Mayr Delegationsleiter	Bundesministerium für Finanzen
Dr. Sabine Schmidjell-Dommes Stv. Delegationsleiterin	Bundesministerium für Finanzen
Mag. Helmut Beitzl Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für Finanzen
Dr. Veronika Daurer Stv. Delegationsleiterin	Bundesministerium für Finanzen
Laura Turcan, LL.M.	Bundesministerium für Finanzen
David Orzechowski, BSc., LL.M.	Bundesministerium für Finanzen
Mag. Peter Podiwinsky	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Dr. Thomas LOIDL	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Ich stelle daher im Einvernehmen mit dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten den

**A n t r a g,**

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zu Verhandlungen über ein Multilaterales Abkommen zur Umsetzung der ersten Säule (Pillar One) der Zwei-Säulen-Lösung des „OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ für Zwecke der Bewältigung der steuerlichen Herausforderungen aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft zu bevollmächtigen.

7. Jänner 2022

Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Bundesminister